

Inhaltsverzeichnis.

I. Beschluß der Bürgerschaft vom 17. Januar 1912.....	S. 27.
II. Mitteilung des Senats vom 19. Januar 1912:	
1. Übertragung einer Grundfläche an der Ecke der Parkallee und Hohenlohestraße an das St. Catharinenstift.....	" 29.
2. Fortbildungsschule für den Kleinhandel.....	" 29.
3. Antrag, betreffend Zusammenlegung von Deputationen und Behörden.....	" 29.
4. Fährre im Industrie- und Handelshafen.....	" 29.

Beschluß der Bürgerschaft

vom 17. Januar 1912.

1. Fortbildungsschule für den Kleinhandel.

Die Bürgerschaft genehmigt den vorgelegten Gesetzentwurf mit der Maßgabe, daß die Bestimmung in § 3 unter a) wegfällt und in § 3 unter c) die Bestimmung angefügt wird:

„Bei Gehilfen und Lehrlingen, welche die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst erworben haben, hat sich die Prüfung nur auf die Fachkenntnisse zu erstrecken.“

Die Bürgerschaft beschließt, daß zu den die Fortbildungsschule für den Kleinhandel betreffenden Verhandlungen der Schuldeputation zwei von der Kammer für Kleinhandel zu erwählende Mitglieder mit beratender Stimme zuzuziehen sind, und wünscht, daß für Schüler, die das Endziel einer Volksschule nicht erreicht haben, ein Vorkursus eingerichtet wird.

Sie genehmigt, daß die Fortbildungsschule für den Kleinhandel bis auf weiteres in der bisherigen gewerblichen Fortbildungsschule am Neustadtswall untergebracht wird.

Sie ist damit einverstanden, daß zwei ordentliche Lehrer (im Hauptamt) mit dem Gehalt, welches die Lehrer an den gewerblichen Schulen beziehen (2600 M bis 5200 M) zum 1. April 1912 angestellt werden, daß bis auf weiteres dem mit der Leitung der Schule zu beauftragenden Lehrer eine Vergütung von 500 M jährlich gewährt wird, und genehmigt demgemäß das vorgelegte Budget.

2. Verlängerung des Vertrages mit dem Blocklander Entwässerungsverband.

Die Bürgerschaft stimmt dem vorgelegten Vertragsentwurf in allen Punkten zu, indem sie die vom Senat vorgeschlagene Änderung der Nr. VII ablehnt.

3. Schutz von Baudenkmälern und Straßen- und Landschaftsbildern.

Die Bürgerschaft verweist die Vorlage zur Beratung und Berichterstattung an eine Kommission von neun Mitgliedern, die sie dem Senat demnächst namhaft machen wird. Sie ersucht den Senat, sich bei den weiteren Beratungen kommissarisch vertreten zu lassen.

4. Übertragung einer Grundfläche an der Ecke der Park-Allee und Hohenlohestraße an das St. Catharinenstift.

Die Bürgerschaft genehmigt den mit dem St. Catharinenstift abgeschlossenen Vertrag (Verhdlg. S. 6).

5. Veränderung der Kesselanlage im Polizeihause.

Die Bürgerschaft stimmt der vorgeschlagenen Änderung zu und bewilligt den Betrag von 2700 M auf das Budget der Baudputation, Abteilung Hochbau, nach.

6. Eisenbahnfahrgelegenheit für Werftarbeiter.

Die Bürgerschaft nimmt den Bericht (Berhdlg. S. 12/13) dankend entgegen.

7. Brandlöschwesen in Bremerhaven.

Die Bürgerschaft erklärt sich mit der Festsetzung des Beitrages der Stadt Bremerhaven zu den Kosten des dortigen Brandlöschwesens auf ein Drittel unter Übernahme von zwei Dritteln auf den Staat vom 1. April 1912 an und mit den zum gleichen Zeitpunkte in Kraft zu setzenden von der Deputation für Häfen und Eisenbahnen beantragten Abänderungen der Grundzüge (Berhdlg. S. 15/16) einverstanden.

8. Jahresberichte in betreff des Schulwesens.

Die Bürgerschaft nimmt die Berichte dankend entgegen.

9. Antrag, betreffend Zusammenlegung von Deputationen und Behörden.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation wegen Vereinfachung des Geschäftsganges der Behörden mit einer Prüfung und Berichterstattung darüber zu beauftragen, ob und inwieweit durch das Zusammenlegen verschiedener Deputationen und Behörden das jetzt sehr verzweigte Deputationswesen vereinfacht und damit gleichzeitig auch eine Vereinfachung der Geschäfte in der Verwaltung unseres Gemeinwesens herbeigeführt werden kann.

10. Antrag, betreffend Bebauung öffentlichen Grundes.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Behörden anzuweisen, bei Anträgen auf Benutzung resp. Bebauung öffentlicher Grundstücke keine Bauerlaubnis zu erteilen, bevor Senat und Bürgerschaft befragt worden sind.

11. Antrag, betreffend Abtragung des Mühlenberges am Neustadtswall.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation für die Stadterweiterung mit einem baldigen Bericht darüber zu beauftragen, ob es sich, nachdem die Mühle am Neustadtswall abgebrannt ist, empfiehlt, den Mühlenberg abzutragen und das dadurch gewonnene Erdreich zur besseren Aufschüttung des für Gartenzwecke bestimmten Areals auf dem früheren Neustadtsgraben zu benutzen.

12. Antrag auf Gewährung einer vorläufigen Zulage für pensionierte Beamte.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation wegen der Beamtengehälter mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, den pensionierten Beamten, deren Gehalt weniger als 4000 M betrug, eine vorläufige Zulage von 5% ihrer Pension zu gewähren.

13. Antrag, betreffend Gewerbliche Schulen.

Die Bürgerschaft hat am 4. Januar 1911 vergeblich um den noch ausstehenden Bericht der Schuldeputation, betreffend die Einbeziehung der ungelerten Arbeiter in die Fortbildungsschulpflicht, ersucht. Sie erinnert daran, daß ihr die Erstattung dieses Berichts in der Sitzung vom 14. Juni 1911 durch Vertreter der Schuldeputation in baldige Aussicht gestellt worden ist, und spricht ihr Bedauern sowohl über die unerklärliche Verzögerung der Berichterstattung wie darüber aus, daß ihr seitens des Senats auf ihren Beschluß vom 4. Januar 1911 bislang keinerlei Mitteilung geworden ist.